

SPRACHE – RECHT – ÖFFENTLICHKEIT

Bericht von der 37. Jahrestagung des IDS

von Kirsten-Heike Pistel

»Haben Sie Ihre Steuererklärung schon abgegeben?« Auf der diesjährigen Jahrestagung des IDS vom 13. - 15. März unter dem Titel »Sprache und Recht« konnte man eine für Linguisten und Linguistinnen ganz neue Sichtweise dieses Vorgangs gewinnen.

Sprache – Recht – Öffentlichkeit

In seiner Eröffnungsansprache umriss der Direktor des IDS, **Gerhard Stickel**, den Gegenstand der Tagung. Wer sich mit dem Thema »Sprache und Recht« beschäftigt, befasst sich mit dem Sprachgebrauch im Rechtssystem, in der Verwaltung und in der Politik – unter historischen und pragmatischen Fragestellungen. Die Sprache des Rechts ist dem Alltag sehr nah, sie enthält wenig Fremdwörter - und doch sind Rechtstexte oft unverständlich für Außenstehende. Die Frage nach der Verständlichkeit spielt daher schon immer eine zentrale Rolle bei der Beschäftigung mit Sprache und Recht. Auch der Kulturbürgermeister der Stadt Mannheim, **Peter Kurz**, hob in seinem Grußwort das Problem der Verständlichkeit hervor: Recht ist geronnene Politik, und wer das Recht nicht mehr versteht, der versteht auch die Politik nicht mehr.

Bloße Vereinfachung beseitigt dieses Problem jedoch nicht, vor allem dann nicht, wenn es durch mangelnde Kenntnisse auf der Empfängerseite bedingt ist. Ein solcher Sprachverlust ist eigentlich ein Demokratieverlust, den Kurz vor allem durch vereinfachende mediale Inszenierungen befürchtet.

Das Spannungsfeld von Sprache, Recht und Öffentlichkeit leuchtete der Sprachwissenschaftler **Georg Stötzel** anhand der Beziehung von gesellschaftlichem Wandel zu Rechtswandel aus. Öffentlichkeit und Recht sind Diskurssysteme, deren Verhältnis dann brisant wird, wenn sich gesellschaftliche Wertungen derart verändern, dass davon auch rechtliche Regelungen betroffen sind. Werte sind sprachvermittelt, und wenn sich Werte wandeln, wandelt sich auch die Sprache – die Gerichte müssen dem in ihren Urteilen Rechnung tragen. Allgemein wird auch erwartet, dass das Rechtssystem sich dem gesellschaftlichen Wertewandel anpasst. Die Aufhebung von Straftatbeständen wie »Ehebruch« oder »Unzucht zwischen

Männern«, die Einführung des Straftatbestandes »Vergewaltigung in der Ehe« sind Beispiele hierfür.

Sprachveränderungen zeigen daher an, dass sich die Interpretation der Wirklichkeit verändert hat. Hierbei ist die Justiz oft zeitnäher am Bedeutungswandel des Wortschatzes als die Redaktionen von Wörterbüchern. Polizisten bezeichneten sich schon 1980 selbst als »Bulle« und daraus schlossen Gerichte, dass die Verwendung von »Bulle« allein noch keine Beleidigung ist – im Wörterbuch hingegen wurde noch 1999 »Bulle« ausschließlich als negative Fremdbezeichnung für »Polizist« geführt.



Prof. Dr. Gerhard Stickel, Direktor des IDS

Auch »Zeitpunkt des Todes« ist ein Beispiel für gesellschaftliche Umwertungen – medizinisch-technischer Wandel macht juristische Umdefinitionen nötig. Mit dem Einsatz von Herz-Kreislauf-Maschinen verschob sich der Zeitpunkt des Todes vom Herz- zum Hirntod. Für das Transplantationsgesetz von 1995 musste eine Umschreibung gefunden werden, nach der der Mensch – zugespitzt formuliert – so tot wie nötig und die Organe so lebendig wie möglich sind.

Der Jurist **Thomas Seibert** erheiterte das Publikum mit seiner Deutung des Zwangs zur Abgabe der Steuererklärung als Frei-

heitsberaubung: das Formular, mit dem sie abgegeben werden muss, strukturiert die möglichen Antworten bereits vor und macht bestimmte Antworten unmöglich. Erst im Gerichtsverfahren besteht die Möglichkeit zur freien Erzählung der Sachverhalte.

Theorien und Folien

Am Nachmittag des ersten Tages wurden Detailuntersuchungen zu Gerichtspraxis und -verfahren vorgestellt. **Johannes Schwitalla** aus Würzburg untersuchte fingierte Gerichtsverhandlungen in Serien im ZDF und auf Sat 1. Er konnte aufzeigen, dass sie in Verfahrensablauf und -dauer sowie in der benutzten Sprache von der Wirklichkeit abweichen. Anstelle von Einigungsverhandlungen, die sich in Wirklichkeit oft quälend lange hinziehen, kommt es in den dramaturgisch aufbereiteten Sendungen bereits nach kurzen Verhandlungen zu einer Einigung. Das Auftreten der Personen und ihr Sprachgebrauch wirken insgesamt aufgesetzt. Wie eine Verhand-

lung abläuft, vermitteln die Serien daher nicht; eine »Botschaft« liegt darin, dass eine Konfliktlösung immer als möglich angesehen wird.

An realen Fällen stellte **Ralph Christensen** zwei Ansätze der Rechtsanwendung vor. In einem Flugblatt zum 10. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats von 1991 wurden Parallelen zwischen dem Verhalten der bayerischen Staatsregierung und dem, »was Hitler auf seine Fahnen geschrieben hatte«, gesehen. In der ersten Instanz wurden diejenigen, die das Flugblatt verfasst hatten, wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nach § 90a StGB verurteilt, mit der Begründung, dass in dem Flugblatt eine Gleichsetzung des Freistaats Bayern mit dem faschistischen Unrechtsstaat Hitlers vorgenommen wurde. In der zweiten Instanz erfolgte ein Freispruch, da der Text des Flugblatts für das Gericht keine ausdrückliche Gleichsetzung enthielt und damit durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung abgedeckt war.

Christensen geht davon aus, dass jeweils eine von zwei impliziten Sprachtheorien das juristische Urteil bestimmt. Dem erstinstanzlichen Urteil lag die »starke« Theorie der Sprache zugrunde. Nach ihr steht alles Relevante im Gesetz, und ein Verfahren ist eigentlich nicht mehr nötig. Starken Einfluss auf das Urteilen haben hierbei die Gesetzeskommentare, die Beispiele für abstrakt gefasste gesetzliche Bestimmungen enthalten. Im geschilderten Fall wurde im Kommentar eine Umschreibung des Tatbestands gegeben, die im Urteil ohne weitere Begründung als Inhaltsangabe des Flugblatts übernommen wurde.

Dem Freispruch lag die »schwache« Theorie der Sprache zugrunde: das Gesetz – plus Kommentar – gibt hiernach nicht objektiv vor, wann der Sachverhalt vorliegt. Vor Gericht tragen vielmehr alle Beteiligten ihre Sichtweise vor, und das Gericht entscheidet nach Anhörung und Abwägung aller Argumente. In der Urteilsbegründung muss das Gericht nicht den Kommentar wiederholen, sondern darlegen, dass es den besseren Argumenten folgt. Dies lässt im fraglichen Fall mehrere Lesarten des Flugblatts zu, also auch die, dass keine Gleichsetzung gemeint war. Normativität wird nach der schwachen Theorie nicht vorgefunden, sondern erst im Verfahren hergestellt.

Ob die beiden Ansätze in der Praxis nebeneinander existieren oder ob in der Praxis nicht eine »schwächliche« Theorie der Empirie vorherrscht, wurde in der Diskussion aufgeworfen. Bereits das »Bullenbeispiel« am Vortag hatte gezeigt, dass Richter und Richterinnen in der Praxis nicht nur in Gesetze oder Wörterbücher sehen. Auch dass es möglich ist, über mehrere Instanzen in Revision zu gehen und höhere Gerichte immer mit mehreren Richtern und Richterinnen besetzt sind, ist ein Indiz dafür, dass im deutschen Rechtssystem Rechtsanwendung nicht einfach der starken Theorie einer objektiven Bedeutung folgt.

In Gerichtsverfahren ist somit die Art der Tathergangs- bzw. Sachverhaltsbeschreibung entscheidend. Dies machte **Gisela Harras** aus sprachphilosophischer Sicht klar, indem sie nach den Merkmalen bzw. Bedingungen von Handlungen und Nicht-Handlungen in der Alltagsspra-

che fragte. Ob z.B. »Vergessen, eine Kerze auszulöschen« als nicht strafrelevante Handlung gewertet werden kann, hängt weitgehend von der Akzeptanz bestimmter Normen ab.

Auch der Verlauf eines Verfahrens wird von sogenannten Normalitätsfolien bestimmt, die **Ludger Hoffmann** in verschiedenen Anhörungen vor Gericht untersucht hat. Weicht eine Vorgangsschilderung vom Erfahrungswissen der Zuhörenden und deren Erwartungen ab, hinterfragen sie es. Dies beeinflusst beispielsweise die Befragung dahingehend, dass man Angeklagten nicht glaubt. Wenn Angeklagte jedoch ihr Verhalten in eine Normalitätsfolie einordnen (»ich bin schließlich verheiratet und habe ein Kind, ich würde das nie tun«), haben sie eher eine Chance, glaubhaft zu erscheinen. Dass derartige Folien auch durch interkulturelle Missverständnisse und Vorurteile beeinflusst sein können, zeigte **Jochen Rehbein** an Verhandlungen im Rahmen von Abschiebeverfahren auf.

Christoph Sauer aus Groningen knüpfte an diese Untersuchungen an. Für ihn geht der Kampf im Gerichtssaal um Plausibilität. Dazu werden für die zahlreichen Aussagen, die im Laufe eines Verfahrens vorgeschrieben sind, gezielt die Inhalte und sprachlichen Mittel ausgewählt, die das Verständnis der Zuhörenden sichern. Der als Zeuge gehörte Polizist wird eher eine Berichtsform, der Angeklagte eher einen persönlichen Erzählstil wählen. Neben dem Ziel, Verständnis über den Vorgang zu erlangen, werden in Schattendiskursen auch andere Ziele verfolgt: wer Reue zeigt, kann manche Unstimmigkeiten überspielen und die Chancen auf ein mildes Urteil erhöhen.

Rechtssprechen als Textarbeit

Der Mittwoch begann mit zwei grundlegenden Vorträgen zur juristischen Textauslegung. Der ehemalige Verfassungsrichter **Paul Kirchhof** stellte Überlegungen zum Zusammenhang von Rechtsetzung, Sprache und den kulturellen Grundlagen des Staatsvolks an. Recht lebt in und von Sprache: es basiert auf guten Gewohnheiten, die schriftlich festgehalten werden. Die heutige Rechtssprache ist nüchtern, was zwar eine Distanz zum Staatsvolk mit sich bringt, aber damit zugleich Objektivität, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit sichern soll.

Doch dies lässt sich nicht immer garantieren. Völlig ohne werbende Passagen kommen beispielsweise Verfassungen nicht aus und Bereiche, die noch nicht lange gesetzlich geregelt sind, wie der Naturschutz, suchen ihre präzise Gesetzessprache erst noch. Vieles, wie »Schule«, »Steuern«, »Partei« scheint klar, ist aber aus alten Verfassungen übernommen und muss fortgebildet werden. In anderen Bereichen müssen gültige Normen neuen Anforderungen gerecht werden: »Presse« ist heute nicht mehr nur das, was aus dem Pressstock kommt, und das Rundfunkgesetz gilt längst nicht mehr nur fürs Radio. Ähnliches gilt für veränderte gesellschaftliche Normen: Eine rauchende Frau war noch vor 100 Jahren eine Gefährdung der »öffentlichen Ordnung«, heute hat niemand mehr mit dieser Rechtsauffassung Erfolg vor Gericht. Festzustellen, ob etwas unter eine gesetzliche Regelung fällt oder nicht, bleibt daher

in letzter Instanz immer Aufgabe des Gerichts. Es muss zu einem Urteil kommen, da jeder Bürger und jede Bürgerin einen Anspruch auf einen Urteilsspruch hat.

Der Referent sitzt einer Expertenkommission vor, die das deutsche Steuerrecht systematisiert. Bisher sind der Arbeitsgruppe ca. 170 Gesetze bekannt, die mit dem Steuer-



Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D.

recht zusammenhängen. Wie viele man am Ende finden wird, wollte er nicht abschätzen. Die Steuerzahler und -zahlerinnen werden bei der Abgabe ihrer Steuererklärung – so griff Kirchhof ein bereits am Vortag gestreiftes Thema auf – planmäßig überfordert. Was in der Steuererklärung an Angaben verlangt wird, ist derart abgehoben von der Alltagssprache, dass es nicht mehr verstanden werden kann. Wer beispielsweise glaubt, seine Ehe sei keine Zugewinnsgemeinschaft, weil es keinen materiellen Gewinn gab, Gütertrennung nicht ankreuzt, da dies angesichts des guten Klimas in der Ehe nicht angesagt ist und in der Steuererklärung dann Gütergemeinschaft angibt, gibt damit im Normalfall eine falsche Steuererklärung ab – und das ist – auch wenn es auf Unkenntnis beruht – strafbar.

Dietrich Busse aus Köln betrachtete anschließend die juristische Auslegungstätigkeit aus linguistischer Sicht. Seine Kernaussage war, dass nicht ein einzelnes Gesetz bei der Beurteilung eines rechtsrelevanten Vorfalls Anwendung findet. Vielmehr produziert der Richter erst einen neuen Normtext, den er dann auf den vorliegenden Fall anwendet. Im Diebstahlsparagrafen des BGB beispielsweise ist von »Eigentum« oder »fremd« die Rede. Was darunter zu verstehen ist, wird in anderen Gesetzen oder in Kommentaren erläutert. Dem Juristen oder der Juristin sind diese Regelungen bekannt. Die Verwendung von z.B. »Eigentum« ruft bei ihnen einen hochkomplexen und bedeutungskonstitutiven Wissensrahmen (>frame<) von Textgeflechten und dadurch die Bedeutung des Paragraphen auf. Juristen und Juristinnen wenden nicht einfach das Gesetz auf den vorliegenden Sachverhalt an, sondern stellen aufgrund ihres Textwissens erst alle einschlägigen Regelungen zusammen, bevor sie urteilen.

Für das abschließende Urteil ist oft nicht so sehr die Bedeutungsebene, sondern die Begründungsebene ent-

scheidend. Kauft jemand beispielsweise ein gebrauchtes Auto mit fehlerhaften Reifen und kommt es zu einem Unfall, so könnten Gesetze verschieden angewendet werden. Erst aufgrund der Beschreibung des Vorgangs z.B. als Verkauf eines betriebsbereiten Autos oder eines nicht betriebsbereiten Autos – findet das eine oder andere Gesetz Anwendung.

Sprache vor Gericht

Die Forensik bestimmte den Donnerstag Morgen. Welches Handlungsmuster abläuft, wenn jemand eine Person – zum Beispiel durch die Bezeichnung als »Bulle« – beleidigt, analysierte **Hans Jürgen Heringer**. Er beobachtete die Beteiligten, die Art der Formulierung und untersuchte die Frage, wann eine Beleidigung erfolgreich ist sowie deren Konsequenzen. Wenn eine Beleidigung erfolgreich ist, also jemand sich durch jemanden – sei es durch eine Äußerung oder durch Gesten – beleidigt fühlt, kann diese Person die Justiz einschalten. Sie verfolgt auf Antrag den Fall und verhängt eine Strafe, normalerweise eine Geldstrafe. Interessant waren die »Preisunterschiede« für ähnliche Beleidigungen in unterschiedlichen Urteilen.

Mit Erpresserbriefen befasste sich **Christa Baldauf** vom BKA aus Wiesbaden. Mit Beispielen konnte sie kaum dienen, da das BKA-Corpus streng unter Verschluss gehalten wird. Baldauf geht davon aus, dass es zwar keinen »sprachlichen Fingerabdruck«, aber einen Fingerzeig gibt und je mehr man über Sprache weiß, desto besser wird man ihn verstehen. Die linguistische Analyse kann z.B. Sprachgenese bedingte Fehler erfassen; Fehlerprofile und Ausdrucksweisen lassen auch bei Verstellung Rückschlüsse auf bestimmte Personenkreise oder Denkkonzepte zu. Auch Schreiben von Trittbrettfahrern kann man durch einen sprachlichen Vergleich mit Tätertexten identifizieren.

Für **Norbert R. Wolf** aus Würzburg gibt es jedoch keinen sprachlichen Fingerabdruck, da letztlich alle Aussagen über den Stil eines Textes impressionistisch sind. Wolf verwies auf einige Prozesse, in denen linguistische Gutachten sich im Nachhinein als falsch erwiesen. Zwar kann man an einzelnen Texten typische syntaktische Merkmale oder Worthäufungen feststellen, doch sind diese vor allem textsortentypisch oder situationsbedingt und keine individuellen Merkmale. Auch der Vergleich mit vermeintlich von derselben Person geschriebenen Texten, führt nicht zu sicheren Ergebnissen, da Erpresser oft den eigenen Sprachstil verstellen und die herangezogenen Vergleichstexte oft älter als der Erpresserbrief sind.

Recht und Sprache in der juristischen Ausbildung

Sprachprobleme in der juristischen Ausbildung und Rechtsprechung als Sprachproblem wurden am Mittwoch Nachmittag und Donnerstag Vormittag behandelt.

In der EU gibt es offiziell elf Amtssprachen und somit elf amtliche Versionen von Unionsgesetzen. **Petra Braselmann** aus Innsbruck zeigte anhand eines Falls, der

vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt wurde, dass dies zur Folge haben kann, dass ein Gesetz in einer deutschen Fassung angewandt wird, die in Details von der französischen oder englischen Urfassung abweicht. Das Urteil lautet dann zu Ungunsten einer Klägerin, die als Französin evtl. Recht bekommen würde. Zwar sollten mögliche Übersetzungsfehler im Vorfeld linguistisch ermittelt und ausgeschaltet werden, aber gänzlich vermeiden lassen sie sich nicht. Daher wäre es besser, die Urfassung im Zweifelsfall für verbindlich zu erklären.

Für **Gérard Réne de Groot** aus Maastricht ist das Übersetzen von Gesetzen nicht nur eine sprachwissenschaftliche Angelegenheit, sondern immer auch angewandte Rechtsvergleichung. Zu beachten ist hierbei auch, dass es für einige Sprachen mehrere Rechtssprachen gibt. Hinzu kämen noch die Übersetzungen für die deutschen Rechtssprachen der Schweiz, Liechtensteins, Italiens und Belgiens. Viele Übersetzungen sind auch nur teiläquivalent oder nicht umkehrbar, da die Rechtssysteme sich zu stark unterscheiden. In den Niederlanden beispielsweise können auch zwei Männer eine »Ehe« eingehen: Die niederländische Bezeichnung für »Ehe« unterscheidet sich semantisch also erheblich von der in Deutschland gebrauchten Bezeichnung. Nach de Groot sind viele der Wörterbücher, die er untersucht hat, in dieser Hinsicht äußerst unzulänglich.

Eine Konsequenz aus diesen Erkenntnissen wäre die Förderung von Mehrsprachigkeit und internationalem Recht unter Jura-Studierenden. Doch **Wilhelm Griebhaber** aus Münster und **Gerhard Struck** aus Hamburg wussten zu berichten, dass das Interesse der Jura-Studierenden an Sprachkursen nicht darauf gerichtet ist, sich Fremdsprachen anzueignen oder sich in fremde Rechtssysteme einzuarbeiten. Dies geschieht eher durch Praktika vor Ort. Erschwerend kommt hinzu, dass die sprachliche Ausbildung im deutschen Jura-Studium eher mit sprachlicher Dressur als mit Fachsprachenausbildung zu vergleichen ist und auf dieser Grundlage kein Interesse an kontrastiver Sprachbetrachtung geweckt wird.

Musterland Schweiz?

Am Mittwoch Vormittag unterhielt **Theodor Stemmler** aus Mannheim das Publikum mit verunglückten Formulierungen aus deutschen Landesverfassungen. So gewährt die bayerische Verfassung allen Bürgern und Bürgerinnen die »Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang«, gesunde Kinder sind »das köstlichste Gut eines Volkes«, in Bremen werden Richter vor das Gericht »gezogen«, und die Syntax der Präambel der Verfassung von Baden-Württemberg ist so kompliziert, dass man sie erst nach dem dritten Lesen versteht. Die meisten »Pannen« ergeben sich nach Stemmler aus einer verunglückten Syntax und unpassender Wortwahl, vor allem durch onomasiologische Fehlleistungen.

In der Schweiz wird man derlei verunglückte Formulierungen vermutlich nicht finden. Dort gibt es für deutschsprachige Gesetze eine siebenköpfige hauptamtliche Redaktionskommission, die an Gesetzgebungsverfahren

beteiligt werden muss. **Werner Hauck**, Vorsitzender der deutschen Sektion der zentralen Sprachdienste der Bundeskanzlei, erläuterte, wie Gesetze unverständlich werden und wo die linguistische Arbeit beginnt. Entscheidend ist, dass der Text von Anfang an mit der Kommission gemeinsam erarbeitet und seine Verständlichkeit in allen Phasen des Verfahrens geprüft wird. Formulierungen sollten für die Zielgruppe des Gesetzes verständlich sein und in verschiedenen Gesetzen sollte Gleiches gleich benannt werden – ein Aspekt, der oft vergessen wird, wenn verschiedene Instanzen mit derselben Sache befasst sind. Er warnte vor dem Wahn, alles bis ins Detail abschließend im Gesetz zu regeln – dies sei eine Beamtensicht, und nicht die Perspektive der Rechtsbetroffenen. Mit Beispielen aus der Erarbeitung der neuen Schweizer Bundesverfassung zeigte **Markus Nussbaumer**, dass es der Kommission nicht nur um gelungene Formulierungen und klare Gliederung von Artikeln geht. Gesetze sind ein Arm der Politik, und viele Gesetze – besonders eine Verfassung – enthalten neben klaren Regelungen immer auch Ziel- oder Zweckbestimmungen. Diese können »politisch unruhig« sein, d.h. es gibt keine einheitliche Interpretation des Ausdrucks, evtl. wird er als Fadenwort sehr unterschiedlich verstanden. Seit 1996 nennt die Schweiz in ihrer Bundesverfassung als ein Staatsziel »Nachhaltigkeit« – doch dieses Wort ist juristisch noch nicht »stillgelegt«, um seine Bedeutung wird politisch noch gestritten. Gerade in Verfassungen lassen sich derartige Wörter nicht vermeiden – sie sind politisch wünschenswert, um Themen in der Diskussion zu halten. Die Kommission kann aber durch die Nennung wichtiger Bestimmungselemente eine »Reliefgebung« vornehmen.

Die Wechselwirkungen zwischen politischer Sprache und dem in Gesetzen fixierten Wortschatz machte **Josef Klein** an zahlreichen Beispielen aus der Kommunikation im deutschen Bundestag deutlich. Der parlamentarische Diskurs wirkt wie ein Transmissionsriemen, durch den – durchaus sehr zeittypische – begriffliche Orientierungen aus der politischen Allgemeinsprache in die Rechtssprache transportiert werden. Das Ergebnis scheint hierzulande, wo die Begleitung der Gesetzesformulierung durch eine Kommission fehlt, ungesteuerter und »wilder« als in der Schweiz.

Geschichte

In vielen Beiträgen wurde auf den Zusammenhang von Recht, Sprache und Kultur hingewiesen. Der historische Wandel dieses Zusammenhangs wurde in einem eigenen Block behandelt. **Ingo Warnke** aus Kassel stellte die Veränderungen im Übergang zur frühen Neuzeit und ihre Auswirkungen auf Recht und Rechtssprache dar; **Hans Hattenhauer** aus Kiel erläuterte, welche Auffassungen man seit dem 19. Jahrhundert mit »Rechtsstaat« verband.

Heidrun Kämper zeigte anhand von Urteilen aus der Nachkriegszeit den Wandel in der Beurteilung und der Haltung zu NS-Verbrechen auf. 1947 war die Behauptung, man habe nicht alle Erlasse gekannt und nicht genau gewusst, wozu man beiträgt, unerheblich für die Strafbemessung. In späteren Urteilen entlastet Nichtwissen vom

Vorwurf des Vorsatzes und wirkt strafmildernd. Parallel dazu wurde durch die Einführung der Kategorien »Haupttäter« und »Mitläufer« eine Schuldverlagerung auf einige wenige – meist tote – Mörder vorgenommen und andere Beteiligte mit dem Hinweis, sie hätten Gesetze befolgen müssen, entschuldigt. Die Schulddefinition hat sich gewandelt. Die Urteilsbegründungen belegen den Wandel der Schuldkonzepte und des Umgangs mit den NS-Verbrechen. Die Vorstellung eines naturrechtlichen Unrechts, die anfangs der Verurteilung zugrunde lag, wurde durch die positivistische Auffassung, man könne Angeklagte nur nach den damaligen Gesetzen verurteilen, ersetzt – moralisches Unrecht wurde zu juristischem Recht. Die Urteilsbegründungen sind daher in ihrer Widersprüchlichkeit besonders interessante Dokumente für die gesellschaftliche Bewertung der NS-Zeit.

»Kann man Gesetze verständlich machen?«

Das Abschlusspodium stand unter der Fragestellung »Kann man Gesetze verständlich machen?«.

Nach **Ingeborg Lasser** aus Potsdam kann man Gesetze dann verständlich machen, wenn man an Rezeptionsbedingungen und Textfaktoren ansetzt. Große Hoffnung setzte sie in die übersichtlichere Gestaltung der Textoberfläche. Bereits Überschriften und andere Gliederungsmerkmale wie das Absetzen einzelner Elemente bei Aufzählungen machen einen Gesetzestext verständlicher. Im Internet kann man z.B. durch erläuternde Links Kommentar und Gesetz verknüpfen. Gesetze im Internet sieht man sich auch eher an als in gedruckter Form. Doch auch das Lesen von Gesetzen muss geübt werden. Lasser plädiert dafür, Lesestrategien schon in der Schule zu vermitteln. (Allerdings musste sie hier für Baden-Württemberg gleich Pessimismus verbreiten: die neue Prüfungsordnung für das Lehramt an Gymnasien sieht eine weitere Kürzung der sprachwissenschaftlichen Anteile vor.)

Ulrich Karpen, Jurist und Vorsitzender des Rechtsausschusses der Hamburger Bürgerschaft, forderte, dass Gesetze überschaubar sein müssen um zumindest von denjenigen, an die sie gerichtet sind, verstanden zu werden. Denn, wenn Recht nicht verstanden wird, wird es nicht akzeptiert, nicht mehr befolgt und damit wird der Rechtsstaat gefährdet. Vor allem sollen Gesetze nicht zu lang und

gut verständlich sein. Bei der Abstimmung über Gesetze allerdings, so belegte er mit unterhaltsamen Beispielen, geht es nicht um Verständlichkeit. Wenn die Opposition die Verständlichkeit eines Gesetzes in Frage stellt und bessere Formulierungen vorschlägt, macht sich die Regierungsmehrheit diese normalerweise nicht zu Eigen, sondern stimmt für den eigenen ggf. unverständlichen Entwurf. Als Beispiel für unverständliche Gesetze führte er einige Paragraphen des auf der Tagung öfter bemühten Einkommenssteuergesetzes an. Auf die Frage, ob denn alle Mitglieder einer Fraktion ein Gesetz verstanden haben, dem sie zustimmen, erwiderte er, dass sich Abgeordnete jeweils in verschiedene Bereiche einarbeiten. Für diese Bereiche haben sie eine hohe Kompetenz und können auch Gesetzesentwürfe beurteilen. Für andere Bereiche übernehmen sie die Voten ihrer Fraktionskollegen und -kolleginnen.

Barbara Wieners-Horst aus Bonn, ist der »Redaktionsstab« der Gesellschaft für deutsche Sprache (Wiesbaden) beim deutschen Bundestag. Sie verkörpert den Stellenwert, der der gesetzgeberischen Sprachpflege in Deutschland verglichen mit der Schweiz zugestanden wird. Beim Bundestag gibt es nur ihre halbe Stelle, die in sprachlichen Fragen konsultiert werden kann. Ihre Möglichkeiten, die Formulierung von Gesetzen zu beeinflussen, sind daher gering. Sie konzentriert sich primär auf lexikalische und syntaktische Verstehenshindernisse. Oft machen Satzlänge und komplexe Nominalgruppen Gesetzesentwürfe unverständlich – sogar für die, die sie verfasst haben. **Werner Hauck** aus Bern ergänzte die Ausführungen seiner Vorrednerin aus seiner Praxis. Die Sprachwissenschaft müsse, so sein Aufruf am Ende, politischer werden und den Marsch durch die Institutionen antreten, sie dürfe sich nicht nur beklagen, sondern müsse »Anwälte der Verständlichkeit« ausbilden.

Ansatzpunkte für linguistische Arbeit und rechtslinguistische Tätigkeitsfelder gibt es sicher mehr, als den meisten Teilnehmenden zu Beginn der Tagung bewusst war.

Die Autorin ist Absolventin der Fächer Deutsch, Pädagogik und Philosophie der Universität Heidelberg.

Fotos: Annette Trabold, Mannheim